

Volks-Zeitung

Mit „Jede Woche Musik“ Moden-Zeitung Sport-Zeitung Film-Zeitung Hausu.GartenZtg. Techn.Zeitung Witzblatt ULK

erschienen täglich zweimal, Sonntage Feiertage und Montags ausnahmsweise... Chefredakteur: Otto Mucke.

Verleger: Rudolf Mosse, Berlin S.W. Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin S.W.

Der Kampf um die Rentenbank

Protest der preussischen Regierung gegen den Verordnungsweg

Berlin, 28. November. (Gaz.) Das preussische Kabinett hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, sich der beabsichtigten Umwandlung der Rentenbank in ein landwirtschaftliches Kreditinstitut durch die Reichsregierung in der vorgeschlagenen Form auf dem Wege über § 48 der Reichsverfassung zu widersetzen.

finanzpolitische Maßnahmen unmöglich auf dem Verordnungsweg durchgeführt werden können. Auf der anderen Seite wird im Interesse einer beschleunigten Umwandlung der Rentenbank in ein volkswirtschaftliches Kreditinstitut darauf hingewiesen, daß die Kreditinstitute der Landwirtschaft immer noch eine sehr große Rolle spielen, während andererseits die Rentenbank über die bei ihr vorhandenen ziemlich beträchtlichen Mittel zum Besten der Bestimmungen des Liquidationsgesetzes ohne besondere Genehmigung nicht verfügen können.



Der bisherige Reichstagsabgeordnete Dr. Hopp, Vertreter der volksparteilichen „Belange“ im Reichs-Landtag und im Aufsichtsrat der Rentenbank.

Die preussische Staatsregierung ist nach wie vor der Auffassung, daß das der Entscheidung des neuen Reichstages bei den wirtschaftlichen und finanzpolitischen Maßnahmen von derartig weittragender Bedeutung nicht auf dem Verordnungsweg vorgegriffen werden dürfe. Die Zuführung von Krediten an die Landwirtschaft sei auf anderem, von der preussischen Regierung bereits vorgeschlagenen, durchaus sicherem und gangbarem Wege möglich.

Die Umwandlung der Rentenbank in eine landwirtschaftliche Kreditbank, die bekanntlich seit einiger Zeit insbesondere auf Betreiben des Landtages geplant ist, sollte dem Landtag im Reichstag verhandelt werden. Die Verhandlungen müßten aber ausgesetzt werden, weil die Vertreter der Reichsregierung dagegen Einspruch erhoben. Die Verhandlungen müßten nach den geltenden Bestimmungen unter diesen Umständen um drei Wochen verschoben werden. Die Reichsregierung beabsichtigt nunmehr, wie wir von unterrichteter Seite hören, die Umwandlung der Rentenbank in eine landwirtschaftliche Kreditbank auf dem Verordnungsweg durchzuführen. Auch hiergegen dürfte, wie wir weiter erfahren, die preussische Regierung Einspruch erheben. Sie steht auf dem Standpunkt, daß so wichtige wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen unmöglich auf dem Verordnungsweg durchgeführt werden können.

Zaitingers „Enthüllungen“

Die angebliche Unterstützung des Ministers Raynaldi durch den Verband für wirtschaftliche Interessen Eine Interpellation in der Kammer

Paris, 28. November. (Gaz.) Der Abg. Zaitinger legt in seinem Blatt, der „Liberté“, die Enthüllungen über die angebliche Unterstützung verschiedener Mitglieder der angeblich als „Belange“ bezeichneten durch den Verband für wirtschaftliche Interessen fort. Der Abg. Poncelet soll behaupten können, daß im Jahre 1919 die Liste derer nicht nur propagandistische, sondern auch finanzielle Unterstützung von dem Verband erhalten habe. Dadurch liege die bedingungslose Abhängigkeit des Reichstagsabgeordneten Godard an den Verband zu erkennen.

Seit Nr. 3201 erhalten und zwar ausdrücklich zur Vorbereitung der Wahlkampagne vom Jahre 1924, die ihn schließlich zur Regierung und zwar in das Kabinett Herriot brachte. Bekannt ist demnach Mitglied der Mehrheit Bonicard gewesen. Er habe das Programm des Verbandes für wirtschaftliche Interessen vollständig angenommen. Wenn also Raynaldi sich um Wahlunterstützung umschau, dann wandle er sich an seinen besten Freund, eben an den Verband für wirtschaftliche Interessen.

Die Enthüllungen Zaitingers über die Wahlunterstützung, die Raynaldi vom Verband für wirtschaftliche Interessen erhalten haben soll, haben unter den Abgeordneten der Kammer starke Erregung hervorgerufen. Bereits heute nachmittag wurden diese Enthüllungen in den Bandelgängen der Kammer sehr lebhaft kommentiert. In der heutigen Nachmittagssitzung der Kammer hat der sozialistische Abgeordnete Zaitinger eine Interpellation in dieser Frage eingereicht.

Die unerfüllten Hohenzollern Gültige Angebote des Staates labortiert - Gefährliche Entschädigung!

Zeit der Senatsabgeordnete der Reichstages des preussischen Finanzministeriums über einen finanziellen Ausgleich zwischen Preußen und dem früheren Königshaus ist die Auseinandersetzung zwischen beiden Teilen noch nicht um einen Schritt weiter gekommen. Die preussische Verwaltung erstreckt an sich eine vertragliche Vereinbarung, aber sie vermischt ein Eingehen der Reichsregierung auf die Angelegenheit an ihre Angelegenheit, die selbst von weit rechtsstehenden Abgeordneten als durchaus loyal bezeichnet worden sind. Auf die Dauer, das ist die Meinung der preussischen Finanzverwaltung, wird sich der jegliche schlechtere Zustand nicht aufrecht erhalten lassen. Wenn die Vertreter des früheren Königshauses sich nicht durch die ihnen zum Teil nahegelegenen deutschen nationalen Parlamentarier eine größere Vertragsmöglichkeit bewegen lassen, dann dürfte nur eine Entschädigung im Wege der Gefährdung übrig bleiben, bei dem natürlich auch der Rechtsstandpunkt durchaus zu wahren wäre. Vorzuziehen allen kann allerdings diesen Weg nicht beschreiten. Die Voraussetzung wäre ein Reichsgesetz, das mit Rücksicht auf den Verfassungartikel 153, der den Schutz des Eigentums gewährleistet, sogar die für Verfassungsänderungen erforderliche qualifizierte Mehrheit haben müßte.

Ruhe in Kairo? Uebergabe der Verhafteten an die ägyptischen Behörden

London, 28. November. Die Lage in Kairo ist weiterhin ruhig; der Schulstreik dauert insofern noch an. Die ägyptischen Gefangenen wurden gestern von den britischen Militärposten den ägyptischen Behörden überantwortet, welche Maßnahmen ergreifen werden, um sie nach ägyptischem Recht abzurufen. Heute werden von den ägyptischen Behörden weitere Verhaftungen vorgenommen. Die meisten dieser Personen haben mit früheren Mordopfern offenkundig im Zusammenhang gestanden und waren als Mittäter bereits gefangen und wieder begnadigt. Andere sind der Polizei durch ihren Gesandten der Zerzergefahr in Kairo entzogen worden. Die Zahl der in den letzten 5 Jahren dreißigtausend britische Beamte und Soldaten ermordet und vierzig andere verwundet wurden. Auch einige angelegene Kugeln sind Mordanschlägen zum Opfer gefallen. Zahlreiche andere Attentatsversuche sind erfolglos geblieben.

Ein neuer Vertrag mit dem Kaiser von China. Aus Peking wird gemeldet: Der neugewählte Präsident Tschangtschi bedingt, mit dem ehemaligen Kaiser von China ein neues gerechtes Abkommen bezüglich seiner Abfindung zu treffen.

Schnelldienst

Die Reparationskommission hielt gestern unter dem Vorsitz von Herrn von Helldorf eine Sitzung ab. Der Herr Generalsekretär für die deutschen Reparationsangelegenheiten, Herr von Helldorf, übertrug seine Bericht über die Tätigkeit der Reparationskommission bei der Sitzung dem Reichsminister für die Reparationsangelegenheiten, Herrn von Helldorf, über. Der Herr Reichsminister für die Reparationsangelegenheiten, Herr von Helldorf, übertrug seine Bericht über die Tätigkeit der Reparationskommission bei der Sitzung dem Reichsminister für die Reparationsangelegenheiten, Herrn von Helldorf, über.

Die Wahlparole des Geistes

Von Julius Bab Die sogenannten Intellektuellen sind feil Stand und keine Klasse in dem Sinne, wie Unternehmer und Handwerker, Bauern oder Beamte es sind. Der Beruf, sie überhaupt auf irgendwelche Weise einzugliedern, ist sehr fragwürdig. Vielleicht macht den „Intellektuellen“ niemals ein bestimmter Beruf an sich, sondern die Art, wie er seinen Beruf betreibt. Man kann als Schriftsteller und als Maler, als Arzt und als Richter seinen Beruf als ein Handwerk treiben, das einen eben verdient, und dann ist man trotz der intellektuellen Technik des Berufs ein Arbeiter, wie jeder andere, der seinen Beruf in der Welt zu betreiben hat. Dagegen kann man als Techniker oder als Gärtner, als Schiffskapitän oder Oekonom, durchaus ein Intellektueller sein, wenn man seinen Platz nicht ausfüllt als den sozialen Art, den einem der Zufall für die Weltstellung angewiesen hat, sondern mit dem Bewußtsein, die materielle Lebensarbeit zu erheben, persönlicher Vollkommenheit und damit schließlich auch zu bedeutungsvoller Wirkung für die Gesamtheit zu entfalten. In diesem mehr als technischen Sinne wird der Rang eines geistigen Arbeiters dem zufolge, der Bildung in eigenlicher, unvollständiger, wenn auch nicht in der Welt mit dem eigenen Geiste zu formen. Solch ein Gebildeter, solch ein Bildner, das ist der Intellektuelle. Gibt es nun für diesen wahrhaft Intellektuellen, für den geistigen Menschen in der heutigen deutschen Situation eine Wahlparole, die aus der gemeinsamen Natur aller hervorgeht? Kann nicht auch der edle Geist, je nachdem er sich aus bestimmtem Blut, aus verschiedenen Traditionen erhebt, sehr verschiedene Weltanschauungen, auch politische Weltanschauungen wollen? Ganz gewiß ist das möglich, und es wäre unbillig, den Geistigen an sich auf ein individualistisches und ein sozialistisches, auf ein katholisches oder ein freidenkerliches Programm festlegen zu wollen. Aber in einem Punkte kann und muß es eine Solidarität des Geistes geben: Der Geist darf sich nicht feil verneinen, er muß mit dem natürlichen Triebe jeder großen Kraft seine Herrschaft in der Welt wollen, er darf sich nicht an die Gewalt verhalten, darf sich nicht zum Schergen brutaler Mächte erniedern, demütigter Zufallsmächte machen. „Kein Mensch kann verächtlicher sein, als solch Schwacher, der den Geist und die Menschlichkeit, für die er ausgestattet ist, und denen er verpflichtet wäre, verleugnet, und sich zu den Starren und Roben schließt.“ Das ist ein Wort von Heinrich Mann — und ein sehr gutes Wort.

In unserer heutigen Situation aber ist die Wahlparole des Geistes ganz eindeutig ein Aufruf für die Republik. Was sich hinter der deutschen nationalen Partei (und ihren nichts als schwächlichen Wandlungen in der Deutschen Volkspartei) verbirgt, das ist ja durchaus nichts anderes als der Wille der alten preussischen Herrschers, wieder zur Macht zu kommen. Nichts als dieser Wille — das zeigt sich in der vollkommenen Stumpfheit, mit der alle nationalen, sozialen, wirtschaftlichen und weltanschaulichen Programmpunkte hin und her geschoben werden, sobald es sich darum handelt, die Machtposition zurückzuerobern. Dies ist aber durch den geschichtlichen Zufall begründet: Macht einer alten Herrscher, die nachkommen von allen Großen und kleinen Völkern sind es, die als Grundbesitzer, als Offiziere und Beamte im wilhelminischen Deutschland bei allem Schein von Verfassung die tatsächliche Macht in Händen hielten. Und ihr Kampf gegen die Republik, der sie ja keine klare staatsrechtliche Idee, geschweige denn eine monarchische Kandidatur entgegenzusetzen haben, ist gar nichts als der Wille, die leide nach dem Verfall der Monarchie, aber doch immer erhaltene Macht dieser Klasse wieder zu befähigen und zur Allein Herrschaft zu bringen. Es sind keinerlei Qualitäten des Geistes und der







